ZECK

zeitschrift für fussnoten

februar 1998 | Nr. 66



Demain ne meurt jamais

Vorwort[1]



Inhalt



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: P. Meyer; Bernadottestr.38 22765 Hamburg

[1] Time' s right for a change. In diesem Sinne hat die coolste hamburger Autonomenzeitung im Jahre 6 ihres Erscheinens endlich ein entsprechendes Logo erhalten.

"Rockangriff"mit: Concord, Steffi Hamburg, Evelyns Pörk in der Roten Flora, 14.2.98, Große Halle ab 22 Uhr - pünktlich -

Unter dem Motto "Rockangriff" wollen die drei Bands am 14.2.98 in der Roten Flora ein Konzert veranstalten. Die Entscheidung für den Veranstaltungsort resultiert aus der Erfahrung, daß popkulturelle Veranstaltungen zwar in letzter Zeit in der Flora überwiegen, aber oft in dem Spannungsfeld - "Old School Jugendzentrums-Antifa Punk" gegen "stilsicher inszeniert/geschmäcklerische oder professionelle Techno/Elektronik Events - stattfinden.
Dazwischen passiert (popkulturell zumindest) leider nicht sehr viel. Die drei Bands rechnen sich im weitesten Sinne einer kritisch/reflektierten Popschule zu, die immer noch (?) eine (teils diffuse) Solidarität zu sozialen/politischen Orten wie der Roten Flora ausdrücken will. Formal/Ästhetisch geboten ist Gitarrenorientierte Rock/Pop Musik, die weder 80ger Jahre Einflüsse leugnen kann, noch anderswo als in den 90gern stattfinden könnte. Steffi Hamburg ist die Folgeformation der legendären All-Girl Band "Pale Biscuits", die seit zwei Jahren in der derzeitigen Besetzung das Konzept US-Indie beeinflußten Gitarrenrock weiter verfolgen. Sie teilen mit Concord stilistische Vorbilder wie z.B. die "Breeders" oder die "Amps". Concord, 1996 von Ex "Fünf Freunde" Sängerin Julia Lubcke gegründet, wechselten nach der ersten E.P. für das HH-Label "L'age D'or" das Line-up und bereiten seit Ende '96 eine neue Offensive vor. Vor dem Flora-Konzert sind sie mit "Evelyns Pörk" in den annektierten Ostgebieten des Landes unterwegs. Die Bands lernten sich über ein Fanzine kennen. Die drei jungen Männer von Evelyns Pörk spielen seit '95 im Ostteil Berlins zusammen. Ihrem hektischen Indie-Core hört man eine Vorliebe für die Bands der sog. "Hamburger Schule" zwar durchaus an, es wird jedoch nicht der Fehler begangen, eine der einschlägig bekannten Bands zu kopieren.
Die beteiligten KünstlerInnen bitten um Kritik/Kommuniktion, Hedonismus und Soul!



Keine Auslieferung von Patricio Ortiz an Chile!

Seit dem 4. September 1997 sitzt der Chilene Patricio Ortiz in der Schweiz in Auslieferungshaft, nachdem er dort Mitte Juli ein Asylgesuch gestellt hat. Er war im Dezember 1996 mit drei weiteren politischen Gefangenen aus dem berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis in Santiago de Chile geflohen.
Patricio Ortiz hat sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre im Frente Patriotico Manuel Rodriguez (FPMR) am Widerstand gegen die Pinochet Diktatur beteiligt. Patricio wurde im Februar 1991 verhaftet. Ein Zivilgericht sprach ihn damals vom Vorwurf der Mitgliedschaft in einer verbotenen bewaffneten Organisation frei, das Militär behielt ihn aber ungeachtet des Freispruchs weiterhin in Haft. Vier Jahre später wurde er von einem Militärgericht zu 10 Jahren Haft verurteilt, wegen angeblicher Körperverletzung mit Todesfolge: er habe bei seiner Verhaftung 1991 auf einen Carabiniero geschossen, der damals umgekommen ist. Patricio bestreitet dies. Ein ballistisches Gutachten, das anzweifelt, daß der tödliche Schuß aus Ortiz Waffe abgegeben wurde, wurde vom Militärgericht ignoriert.
Aufgrund dieses Militärgerichts-Urteils hat die chilenische Regierung die Schweiz jetzt um die Auslieferung ersucht. Gegenüber der chilenischen Presse erklärte die schweizer Bundesanwältin Del Ponte, sie habe keinen Zweifel daran, daß Ortiz an Chile ausgeliefert werde, "weil er ein in seinem Land verurteilter Krimineller ist." - so zitierte die chilenische Tageszeitung "La Tercera" die Bundesanwältin.
Sowohl Amnesty International als auch das US-State Department haben unlängst festgestellt, daß in Chile im Rahmen der Militärgerichtsbarkeit weiterhin gefoltert wird. Mit der Auslieferung von Patricio würde die Schweiz nicht nur gegen die europäische Menschenrechtskonvention, sondern auch gegen ihre eigene Asylgesetzgebung verstoßen.
(aus dem Flugblatt der "Gruppe Freiheit für Patricio Ortiz, Hamburg")

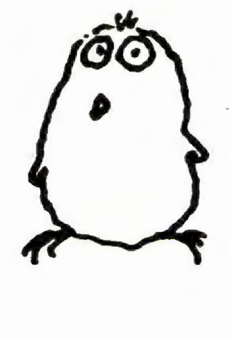
Dementi

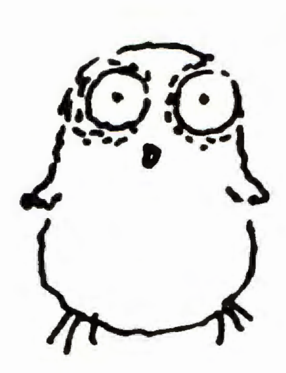
Die Redaktion erreichte ein Dementi-Brief der Antifa Wasserkante, in dem sie klarstellen - und wir wollen an dieser Stelle nicht versäumen auch die interessierte LeserInnenschaft davon in Kenntnis zu setzen, auch wenn sie, wie wir fast vermuten aufgrund der seitdem über sie hereingefluteten Informationsmasse keinerlei Erinnerung mehr an das Ereignis bzw. dessen schriftliche Ankündigung hat, - daß sie entgegen anderslautender Berichte mit dem in der Dezember Zeck angekündigten Punk-Konzert, das am 12. Dezember 1997 stattgefunden hat, überhaupt garnichts zutun haben oder hatten!
Alles klar, ey!

Antifaschistische Demonstration in Leisnig

Leisnig ist eine 8000-EinwohnerInnenstadt in der Nähe von Leipzig (Landkreis Döbeln). In den Jahren 91 bis 96 bildete sich dort eine regionale Neonaziszene, die ein am Stadtrand gelegenes Flüchtlingsheim mehrfach angegriffen und Brandanschläge verübt hat. Bei einem dieser Angriffe kam 1991 ein Flüchtling um's Leben. Der letzte Angriff auf das Flüchtlingsheim ergeignete sich 1994. Neben dem offenen Faschismus gibt es aber in Leisnig auch den alltäglichen Rassismus, der sich vielfältig äußert. So will z.B. der Eisverkäufer in der Stadtmitte keine farbigen MitbürgerInnen bedienen. 1997 haben sich auch Naziorganisationen im Landkreis Döbeln angesiedelt. So existiert ein NPD-Kreisverband. Die DSU macht regelmäßige Veranstaltungen, auf denen u.a. der Vertreter der französischen Neuen Rechten Pierre Krebs gesprochen hat. Seit letztem Herbst wird in Leisnig massiv Propagandamaterial faschistischer Organisationen verteilt.
Das Problem des Neofaschismus in Leisnig wird durch die Behörden meist überspielt. Gerade auch der CDU-Bürgermeister und der CDU-Fraktionsvorsitzende argumentieren in der Öffentlichkeit über Vorfälle und klare Fakten hinweg. Dabei wird nicht nur behauptet, daß Leisnig kein Nazitreff sei, sondern sich auch noch zu der These verstiegen, „daß Asylbewerber sich so benehmen müssen, daß sie keinen Grund für Anschläge bieten“ .
Die Stadt versucht dann auch noch, ihr Ansehen im Bereich der Jugendarbeit durch ein Jugendclubangebot aufzubessern, welches den Nazischlägern als Treffpunkt dient. Dort treffen sie sich, verteilen ihre Nazi-Propaganda hören ihre Musik und formieren sich für ihre gewalttätigen Angriffe auf MigrantInnen und Linke.
(ein umfangreicherer Text findet sich u.a. im Ordner)

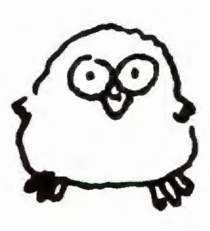
Demonstration:
4. April, 15 Uhr, Bahnhof
Vorbereitungstreffen: 14. Februar, 14 Uhr, AJZ „Cigarre“, Colditzer Str. 19 in 04701 Leisnig

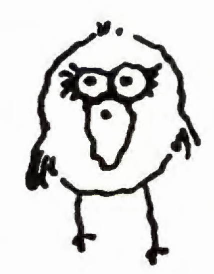




Ausstellung "Keine Bilder des Vergessens - Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg"

Hamburger Polizeibataillone haben in den Jahren 1939 bis 1945 hunderttausende Menschen in Polen und der Sowjetunion umgebracht. Am bekanntesten sind die Massenmorde des Polizeireservebatillons 101 an polnischen Juden: " Im Sommer 1942 wurde ein Bataillon der Hamburger Polizeireserve, etwa 500 Männer, die zu alt zum Dienst in der Wehrmacht waren, nach Polen zu einem Sonderauftrag gebracht. Dort wurde ihnen eröffnet, daß sie die jüdische Bevölkerung in polnischen Dörfern aufspüren, die noch arbeitsfähigen Männer für den Lagereinsatz auszusondern, die übrigen - Alte, Frauen und Kinder - auf der Stelle zu erschießen hätten. Vor ihrem Einsatz machte der Kommandant den Leuten das Angebot, wer sich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühle, könne sein Gewehr abgeben und würde dann zu einer anderen Aufgabe eingesetzt. Nur etwa 12 Männer von fast 500 traten vor. In ganz Polen und Rußland wüteten in der Folgezeit diese Polizeibataillone, erschossen Zigtausende von Menschen und brachten weitere Zigtausende in Konzentrationslager" (aus: Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen, rororo TB 9968). 1948 wurden nur der Kommandant des Bataillons 101 und 3 Offiziere an Polen ausgeliefert. Erst 1967/68 fanden in Hamburg gegen 14 weitere Angehörige des Bataillons Gerichtsverfahren statt, lediglich 5 von ihnen wurden zu Zuchthaus zwischen 5 und 8 Jahren verurteilt. Viele der Täter sind nach dem Krieg wieder in den Hamburger Polizeidienst aufgenommen worden. Über die Beteiligung des Polizeireservebatillons und anderer Hamburger Polizeibataillone an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Polen gab es im Mai 1995 eine nichtöffentliche Ausstellung in der Polizeischule Alsterdorf. Die GAL forderte damals, die Ausstellung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und schlugen als Ort die Rathausdiele vor. Jetzt, nach fast 3 Jahren, wird dieser Forderung entsprochen:
vom 6. bis 27. Februar 1998 in der Diele des Hamburger Rathauses. Außerdem findet im Festsaal des Rathauses am 6. und 7. Februar jewils um 18 Uhr eine "szenische Lesung" auf der textlichen Grundlage von Vernehmunsprotokollen statt.
aus:Lokalberichte Hamburg 29.1.1998





fsk sendet ganztags!

93 mhz antenne/ 101,4 mhz kabel/ studiotel. 432 500 46
Seit dem 1.1. 98 sendet fsk ganztags auf den oben genannten Frequenzen. Und zwar rund um die Uhr an jedem Tag in der Woche. Mit einer ärgerlichen Ausnahme: Jeweils von Sonntagsmorgens 6 Uhr bis Montagsmorgens 6 Uhr sendet nach einer Entscheidung der HAM das Hamburger Lokalradio (HLR) auf diesen Frequenzen. Bis zum Jahr 2000 soll eine neue Frequenz für das HLR gefunden werden. Fsk möchte diese Entwicklung etwas beschleunigen und wird gegen dieses erneute Frequenzsplitting Widerspruch einlegen. Denn es gilt nach wie vor: *eine Frequenz = ein Sender.*
Insbesondere die Morgenredaktion sucht noch Leute, die mitmachen wollen. Auch andere fsk-Gruppen sind für Aktive offen. Die genauen Treffpunkte und Termine könnt ihr dem fleyer „transmitter“ entnehmen.

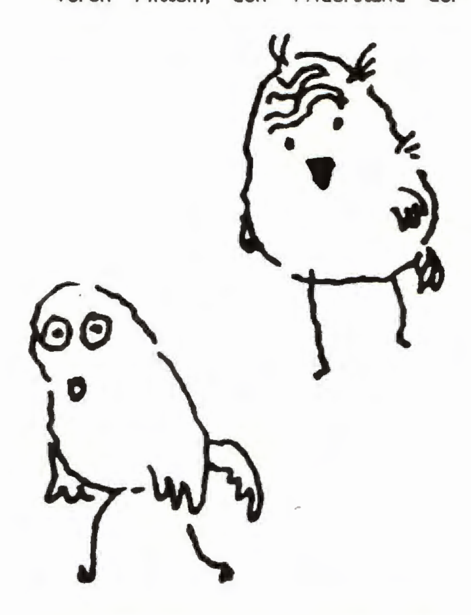
Staatlichen Rassismus stoppen!

Die Situation in Legden

Legden ist eine typische Gemeinde im Münsterland mit ca. 6.200 EinwohnerInnen und liegt etwa 8 km von Ahaus entfernt (dem Ziel des nächsten Castortransportes). Im Mai `97 beschließt der Rat der Gemeinde mit großer Mehrheit den Flüchtlingen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, statt Gutscheinen Lebensmittelpakete zu verordnen. Erneut übernimmt die Gemeinde Legden damit die Funktion eines Pilotprojektes für Nordrhein-Westfalen. So war Legden die erste Gemeinde NRW`s, die die damals gleichfalls sehr umstrittene Gutscheinpraxis einführte.
Am 1.8.97 wird der Ratsbeschluß vom Mai in die Tat umgesetzt. An diesem Tag erhalten die Flüchtlinge, die von der Regelung betroffen sind, erstmalig ein von der Firma Weigl (Bayern) zusammengestelltes Lebensmittelpaket. Generöse zwei Liter Mineralwasser für vier Tage, Schweinefleisch für Moslems und VegetarierInnen und dazu noch Lebensmittel, die verfault waren oder das Verfallsdatum überschritten hatten, gehörten zum Inhalt des ersten Paketes. Dazu kommt, daß der angegebene Warenwert von 25 DM nicht im entferntesten dem tatsächlichen Wert (ca. 13-14 DM) entspricht. So schlägt eine deutsche Firma aus der Verschlechterung der Lebenssituation der Flüchtlinge Kapital und die Gemeinde Legden bedient sich dieser Profiteure, um die Flüchtlinge zu zwingen, Deutschland zu verlassen.

Die Situation der Flüchtlinge

Nach der ersten schlechten Erfahrung mit den Lebensmittelpaketen verweigern die von der Regelung betroffenen Legdener Flüchtlinge jede weitere Annahme. Seit die Flüchtlinge sich Anfang August zum Widerstand entschlossen, ist ihre Lebenssituation zunehmend prekärer geworden. Trotzdem hält immer noch ein Großteil der Flüchtlinge ihren Boykott der Pakete aufrecht. Seitdem bestreiten sie ihre Lebensmittelversorgung von ihrem Taschengeld in Höhe von 80 DM monatlich. Die wenigen Flüchtlinge, die für das Sozialamt "gemeinnützige Arbeit" leisten, können zusätzlich noch knapp 160 DM dazuverdienen. Doch selbst mit 240 DM im Monat ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Für die Flüchtlinge, die dieses "Zusatzgeld" nicht haben, ist die jetzige Situation noch belastender. Nur aufgrund der Solidarität der Flüchtlinge untereinander und gelegentlicher Spenden ist es ihnen überhaupt möglich, den Boykott aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde versucht nun mit immer massiveren Mitteln, den Widerstand der



Flüchtlinge zu brechen. Darüber hinaus ist der Großteil der Legdener Flüchtlinge in absehbarer Zeit von Abschiebung bedroht.

Solidarität ist eine Waffe!

In einem Klima, das in diesem Land immer rassistischer wird, gehört für Flüchtlinge viel Mut dazu, sich gegen diskriminierende Maßnahmen und Verhaltensweisen staatlicher Stellen zur Wehr zu setzen. Deswegen ist es notwendig, daß AntifaschistInnen Flüchtlingskämpfe unterstützen. In einem Klima, das vom Rechtsruck der Gesellschaft dominiert wird und in dem rassistische und sexistische Gewalt zur Normalität gehört, ist es wichtiger denn je, sich mit dem Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen zu solidarisieren.
Deswegen:

Geld statt Sachleistungen!!
Weg mit den Sondergesetzen für Flüchtlinge und MigrantInnen!!
Bleiberecht für Alle!!

Kommt alle zur Demonstration am 14.2.98 um 13.30 Uhr in Legden (Ahaus), Treffpunkt: Post

Wir bestimmen selbst, was wir lesen wollen!!

Aber der Schwarzmarkt bestimmt auch selbst, was er verkaufen will! Und wir brauchen ganz bestimmt keine Zeck, die scheinbar für unsere Szene-Interessen spricht und dem Schwarzmarkt Zensur vorwirft. Der Schwarzmarkt ist weder ein Vereinslokal der linksradikalen Bewegungen, das jeden Mist verkaufen muß, noch hat dieser die Pflicht oder gar Notwendigkeit, nach Paul und Paulas oder Eurer Pfeife zu tanzen. So einfach ist das. Wir wünschen uns auch weiterhin, daß der Schwarzmarkt selber politisch bestimmt, was es in ihm gibt und was nicht. Wir begrüßen es, wenn unsere kommerzialisierten Lesegewohnheiten durch kämpferische Kurzschlüsse im Vertrieb angeregt werden und sehen dies als notwendige Diskussionsbeiträge (Handlungen stellen in ihrer eigenen Art auch einen KonText her) in der herrschenden Dominanzkultur an. Infoläden sind für uns politische Projekte, die durch die Gruppen die diese betreiben, inhaltlich gefüllt werden und keine Kioske, die alles mögliche verkaufen. Juso Strategiepapiere oder Stalinistenschreibe gelten zwar als links aber die wollen wir ja auch nicht in den Regalen sehen. Wer soll dann also entscheiden was verkauft wird (oder nicht) wenn nicht die Infoladenleute. Etwa Ihr oder gar "die Szene" ? Inhaltliche Kritik, darüber könnte mensch diskutieren, aber euren vereinnahmenden Anspruch an den Schwarzmarkt als Szeneinstitution, die alle möglichen Inhalte zugänglich machen muß, teilen wir nicht und finden wir Unsinn.

Wir wünschen den Schwarzmarkt-Menschen viel Kraft und Power, für immerdar nur zu verscherbeln und auszulegen, was von diesen auch selbst als linksradikal erachtet wird. Alle Anderen fordern wir dazu auf, alle zu unterstützen die sich um Parteitagsbeschlüsse, Liberalismus, klare Linien und vor allem linke Homogenität (sowas wird durch die vermeintlichen Ansprüche "der Szene" an den SM nämlich durchaus konstruiert) einen Scheiß kümmern und für heute wie in allen Zeiten autonome Politik machen; Zähne zeigen und unberechenbar sind.

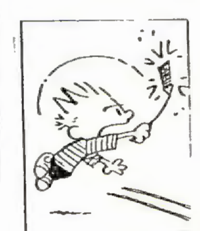
Für die Zeck-Red noch mal in ihren eigenen Worten:

Wir sehen in den Zeilen der Zeck zum vorläufigen Nichtverkauf des Paul und Paula-Schinkens durch den Schwarzmarkt den reflexhaften Versuch der Bevormundung eines autonomen Infoladenprojekts. Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich die Funktion eines "Infos aus der Flora" ist, das selbstbestimmt arbeitenden, autonomen Projekten vorschreiben will, was diese verkaufen sollen und was nicht. Dies soll autonome Projekte offensichtlich unmündig halten, ihre eigenen Gedanken zu machen und diesen auch Taten folgen zu lassen.

Scheißt euch mal nicht in die Zensur-Hosen, wenn der Schwarzmarkt so radikal ist, das was ihr als "kontroverse" Debatten bezeichnet, für sich als Mist zu deuten und diesen dann auch nicht zu verkaufen. Mit Zensur, wie ihr unterstellt, hat das im übrigen rein garnix zutun und ihr bewegt euch dabei an einem völlig bürgerlichen Zensurbegriff, der weder der "Geschichte der Zensur" noch der Rolle und "Macht" des SM gerecht wird. Noch dazu wo der Text ja nach drei Wochen durchaus verkauft wurde. Der Umgang von Euch, das Wort Erklärung in euren Zeilen in Anführungsstrichen zu setzen, und damit den Text aus dem Schwarzmarkt ohne ein weiteres Wort abzuwerten, ist eine unsolidarische Frechheit, die einer inhaltlichen Diskussion die Ebene entzieht. Spätestens wenn ihr völlig inhaltslose und abwertende Kommentare zu Texten im Heft schreibt, solltet ihr auch vorsichtiger sein, wenn ihr anderen Zensur oder Macht vorwerft. Habt ihr ne 29 Seiten Schwarte vom Schwarzmarkt erwartet, um deren Position ernstzunehmen? Nehmt ihr überhaupt noch Texte unterhalb der Fußnotenebene ernst? Da ihr scheinbar nicht zu "diskutieren und abwägen" pflegt (zumindest macht ihr den SM dafür an), empfehlen wir euch, dies zu beginnen und auf bornierte Kommentare in Zukunft zu verzichten. Die Absicht ein Diskussionsbeitrag zu sein, haben sie nämlich schon im vornherein durch ihren arroganten Stil verfehlt.

Die Unmündigen





»So einfach ist das!«

Eine kurze Anmerkung über die politische Selbstabschaffung

Vorgeplänkel 1

Bereits im Frühjahr 1996 (quiet a long time ago) erschien eine Ausgabe der Zeitschrift *Arranca!* mit dem Schwerpunkt »Sexualmoralischer Verdrängungszusammenhang«. Während in der *Interim* eine Debatte über die Schattenseiten, Fehler und notwendigen Ergänzungen dieser Ausgabe im konkreten und über Möglichkeiten, Inhalte und Perspektiven einer (gemischt-geschlechtlich geführten) Sexualitätsdebatte im besonderen entbrannte, bezog der Infoladen Schwarzmarkt auf seine Art Stellung, indem er die Ausgabe nicht verkaufte. Statt dessen veröffentlichten Frauen aus dem Schwarzmarkt ein Papier, in dem die *Arranca!*-Ausgabe dem rollback zugeordnet wird.

Zwar ist in der Folgezeit die *Interim* noch über den Schwarzmarkt zu beziehen, allerdings findet die/der KäuferIn zuweilen handsignierte Kommentare wie »scheiße« über Texten, die sich auf die *Arranca!* beziehen, oder einzelne Seiten sind auf dem Transport von Berlin nach Hamburg offensichtlich »abhanden gekommen«.

Vorgeplänkel 2

Die oben erwähnte Erklärung der Schwarzmarktfrauen zum Nichtverkauf der *Arranca!* nehmen Leute aus dem Infoladen Daneben in Berlin zum Anlaß einer fundamentalen Kritik an dieser Praxis und dem damit verbundenen Politikverständnis. In dem im Dezember letzten Jahres veröffentlichten Text "Die Legende von Paul und Paula" geht es allerdings nicht allein um die Erklärung der Schwarzmarktfrauen. Diese wird vielmehr beispielhaft für die derzeitige Politikunfähigkeit der Autonomen herangezogen. In der Folgezeit entspinnt sich erneut eine intensive Auseinandersetzung in der *Interim*.

Geplänkel goes on

Die den Schwarzmarkt kritisierende *Interim*-Ausgabe mit dem "Paul und Paula"-Text wird vom Schwarzmarkt erst nach einigen Wochen verkauft, da zuerst geklärt werden sollte/mußte, wie mensch sich dazu verhält. (vgl. Erklärung in Zeck Nr. 65)

Ende der Vorrede

Wer dachte, die Praxis des Schwarzmarktes würde einen Aufschrei oder zumindest einen Aufpieps hervorrufen und eine Auseinandersetzung der Noch-Schwarzmarkt-NutzerInnen bzw. der linksradikalen Restszene über Sinn und Zweck eines Infola-



dens, über Zensur, Boykott und den Umgang mit Kritik in Gang setzen, sah sich getäuscht.
Und auch sonst scheint mensch sowohl die Zensurdebatte, als auch die in der *Interim* begonnene Auseinandersetzung um Macht und Gegenmacht, um autonome Polit-Praktiken, Wege und Umwege in der Anti-Patriachatsdiskussion (um nur mal einige Themenkomplexe zu erwähnen), aussitzen zu wollen.
Lediglich die *Zeck*-Redaktion konnte sich in der letzten Ausgabe (Nr. 65) einige Absätze abringen. Damit scheinen wohl schlafenden Hunde geweckt worden zu sein. So findet sich im Schwarzmarkt-Ordner jetzt ein Text von *einigen Unmündigen*, der auf den Nichtverkauf der *Interim* und die Kritik daran eingehen will.
Zwar handelt es sich hierbei in weiten Strecken um ein einziges Abgekotze in feinster »autonomer« Schnodderigkeit, wodurch es schwer fällt, neben zahlreichen Behauptungen, »Wahrheiten« und Durchhalteparolen mögliche Argumente auszumachen: Dennoch wollen wir versuchen, auf einige Punkte einzugehen.



Umgang mit Kritik

»Und wir brauchen ganz bestimmt keine Zeck, die scheinbar für unsere Szene-Interessen spricht und dem Schwarzmarkt Zensur vorwirft« (...) »aber euren vereinnahmenden Anspruch an den Schwarzmarkt (...) finden wir Unsinn«.
Die Zeck spricht also nur scheinbar für die Szene-Interessen, während die AutorInnen für sich in Anspruch nehmen, tatsächlich »unsere Szene-Interessen« zu vertreten.
Diese Argumentationsfigur, dem/der GegnerIn die Legitimation abzusprechen, da er oder sie nur vorgebe, für die Allgemeinheit – d.h. in diesem Falle: die Szene – zu sprechen, man aber in Wahrheit selbst für die Allgemeinheit spreche, und der/die GegnerIn nur für eine bedeutungslose Minderheit, kommt uns doch sehr bekannt vor. Sie findet sich besonders häufig im PC-Diskurs, wo sie von der Anti-PC-Fraktion benutzt wird.



Diedrich Diederichsen hat die Funktionsweise dieser Argumentation sehr schön beschrieben: »*Der PC-Gegner weist die Diskussion doppelt zurück: Wie kommen die dazu mich zu einem Inhalt zu zwingen? Wie kommen sie dazu, eine andere als meine Position einzunehmen? Er zweifelt erst die Kommunikationsform an, um dann im Namen einer anderen Position innerhalb dieser Kommunikationsfigur zu sprechen.«* (D:D. Politische Korrekturen S. 108)
Nun wurde in zahlreichen Beiträgen zum Anti-PC Diskurs herausgestellt, daß es den so handelnden AkteurInnen in den allermeisten Fällen darum geht, mit derartigen Figuren die Kritik zu diskreditieren, ohne sich mit der Position auseinandersetzen zu müssen.
Wozu dieser Ausflug in die Entschlüsselung des Anti-PC- Diskurses? Nicht etwa, daß wir denken, *die Unmündigen* verorteten sich dort, geschweige denn daß wir sie zu dieser Art konservativen Heitmann & Co.-Verteidiger-Crew zählen. Uns scheint nur, sie haben sich hier eines von ihren politischen GegnerInnen häufig benutzten Mittels bedient, um in Sachen »Nichtverkauf der ...« ihrerseits die *Zeck*-Kritik ins Leere laufen zu lassen.
Statt in derartige konservative Kommunikationsmuster zu verfallen, stände es den AutorInnen besser an, den Text so zu nehmen, wie er ist und sich inhaltlich mit der Kritik auseinanderzusetzen. Dann wäre wahrscheinlich auch aufgefallen, daß die Kritik eingeleitet wird mit: »Wir (Hervorhebung v.u.) sehen in dem Nichtverkauf dieses Diskussionsbeitrages nichts weiter als ...«
Wenn die *Unmündigen* keine *Zeck* brauchen, die dem Schwarzmarkt Zensur vorwirft, wofür dann? Zur Selbstvergewisserung alter Wahrheiten?
Wahrscheinlich »brauchen« sie auch diese Worte nicht, haftet ihnen doch ein ähnlich »nestbeschmutzender« Charakter an. Denn wie im folgenden dargestellt werden soll, halten wir die Kritik am Schwarzmarkt für durchaus berechtigt.

Infoladen – what sense

»Der Schwarzmarkt ist weder ein Vereinslokal linksradikaler Bewegungen, das jeden Mist verkaufen muß, noch hat dieser die Pflicht oder gar Notwendigkeit, nach Paul und Paulas oder eurer Pfeife zu tanzen.«
»Wer soll denn entscheiden, was verkauft wird (oder nicht) wenn nicht die Infoladenleute. Etwa ihr oder gar ›die Szene‹?«
Ja, daß »die Szene« mitreden will und vielleicht sogar die Verkaufspraxis des Schwarzmarktes kritisiert, scheint für die *Unmündigen* so ziemlich das abwegigste zu sein, geradezu an Majestätsbeleidigung zu grenzen.
Wir denken nicht, daß der Schwarzmarkt inzwischen ins Eigentum (im schlechtesten bürgerlichen Sinne) der Leute übergegangen ist, die sich dort hinter den Tresen setzen. Vielmehr gehen wir (in zugegebenermaßen ziemlich altmodischer Weise) davon aus, daß ein Infoladen tatsächlich sämtlichen linksradikalen Bewegungen ein Forum bieten sollte. Schließlich gibt es nicht die »objektive Wahrheit«, die der Infoladen ein für alle Male gepachtet hat und nun der Szene kundtun kann, oder?



Über das »richtige« Vorgehen, die »richtige« Analyse und die »richtige« Antworten auf die »richtige« Fragen hat es immer Streit gegeben, und das wird hoffentlich auch so bleiben. Hat doch diese Haltung den undogmatischen Bewegungen nicht nur ihren Namen sondern auch mal ihren Charme gegenüber dogmatischen, sektiererischen Gruppierungen gegeben. Doch reicht es selbstverständlich nicht, dieses Label nur von Zeit zu Zeit mal sinnstiftend hochzuhalten. Nur wenn dieses Verständnis auch immer wieder neuerfunden, neugewagt und gelebt wird findet eine emanzipatorische Politik statt, die diesen Namen auch verdient.
Ein solches Verständnis von einem Infoladen steht nun allerdings keineswegs gegen die Annahme, der Laden könne auch ein politisches Projekt sein. Es geht aber darum, auf welche Weise mensch sich in eine Auseinandersetzung begibt. Ob mensch

einer für scheiße befundenen *Arranca!* ein Kritikpapier beilegt/entgegensetzt und sich in die Diskussion stürzt, oder ob man sie aus dem Laden verbannt.
Dasselbe gilt unserer Meinung nach auch für die *Interim* oder auch für die *konkret* oder die *Beute*, die im Schwarzmarkt in Gänze aus dem Sortiment genommen worden sind.
Soweit die *Unmündigen* meinen, daß Vorgehen des Schwarzmarktes sei nun besonders unterstützenswert weil »am radikalsten« so sei an dieser Stelle auf die in der *Interim* oben umschriebene Debatte kurz



verwiesen in der sich ein Diskutant wie folgt äußerte:
»Eines der großen ungeschriebenen Dogmen der Autonomen lautet: Radikal = gut, radikaler = besser, noch radikaler = Revolution.« (Fliegenpilz, Interim 440: 30)
Damit ist vortrefflich ausgedrückt wie hohl und inhaltslos eine scheinbare Radikalität sein kann, wenn sie sich an der vermeintlich radikalsten Form orientiert ohne diese auch selbst begründen zu können.
Gibt ein Infoladen nur noch die politische Meinung der ihn tragenden Personen wieder, spiegelt das nicht eine alle anderen um Längen schlagende Radikalität wieder, sondern zeugt höchstens von Scheuklappendenken, Arroganz und politischer Borniertheit. Seine Berechtigung bzw. seinen Sinn und Zweck als Forum, Infostelle oder Knotenpunkt linksradikaler Bewegungen hat er in jedem Fall verloren.

Von Gänsefüßchen und der Paul-und Paula- Debatte

»Juso Strategiepapiere oder Stalinistenschreibe gelten zwar als links aber die wollen wir ja auch nicht in den Regalen sehen.«
Abgesehen davon, daß es sicher manchmal ganz interessant wäre, zu wissen, was sich die Jusos denn für Strategien ausdenken und ebenfalls abgesehen davon, daß der Schwarzmarkt bisher in der Regel wenig Schwierigkeiten damit hatte, Texte der verschiedensten dogmatischen Sekten im Laden zu haben, handelt es sich bei der *Interim* bzw. dem "Paul-und-Paula"-Papier weder um das Strategiepapier einer SPD-Jugendorganisation noch um ein stalinistisches Pamphlet. Es ist schon bemerkenswert, wie die *Unmündigen* es schaffen, die Politik des Schwarzmarktes, die *Interim* Nr. 436 drei Wochen lang zurückzuhalten,[i] zu verteidigen, ohne auch nur mit einem Satz auf den Inhalt des inkriminierten Papiers einzugehen. Statt dessen wird mit der Juso- und Stalinisten-Assoziation suggeriert, daß es sich dabei um ein Papier aus der gleichen Kategorie handle.
In die gleiche Kerbe sollen wohl auch die Anführungszeichen um das Wort »kontrovers« schlagen. Entweder wollen die *Unmündigen* damit sagen, die Debatte um das »Paul-und-Paula«-Papier sei nicht wirklich von unterschiedlichen Positionen bestimmt. So eine Aussage wäre zwar theoretisch möglich, aber angesichts der tatsächlich laufenden Debatte völlig sinnlos. Oder, und das ist wohl die wahrscheinlichere Möglichkeit, sie finden es nicht richtig, daß zu den Themen, die von den *Unglücklichen* angesprochen werden überhaupt eine kontroverse Debatte stattfinden soll. Dann würde an dieser Stelle allerdings ein Argument der Sache guttun.

Wahrheiten setzen statt um Wahrheiten streiten

»Alle anderen fordern wir auf, alle zu unterstützen, die sich um Parteitagsbeschlüsse, Liberalismus und vor allem linke Homogenität (sowas wird durch die vermeintlichen Ansprüche ›der Szene‹ an den SM nämlich durchaus konstruiert) einen Scheiß kümmern und für heute wie in allen Zeiten autonome Politik machen; Zähne zeigen und unberechenbar sein.«
Über diesen Absatz haben wir am längsten gegrübelt: Was wollen die AutorInnen einem damit sagen? Ehrlich gesagt, ist uns nicht viel dazu eingefallen, außer, daß es sich um eine mühsam rausgepreßte, in weiten Teilen paradoxe Durchhalteparole der letzten »Autonomen« handeln könnte, die außerdem in einem geradezu grotesken Widerspruch zu der oben beschriebenen Ablehnung einer kontroversen Debatte steht. Vielleicht haben wir's aber auch völlig falsch verstanden: Wenn Schwarzmarktbeschlüsse »Parteitagsbeschlüsse« sein sollen, mit denen geregelt wird, was ich lesen darf; wenn »linke Homogenität« meint, daß nur noch die vermeintlich radikalsten Werke, die die Infoladen-Leute für gut und nicht schlecht befunden haben, den schwachen Gemütern der NutzerInnen zu Augen kommen dürfen; wenn »unberechenbar« sein nicht meint, Wahrheiten zu verkünden, sondern tatsächlich doch - oh Wunder - ein Argument hinterherzuschikken, dann wären diese Zeilen allerdings nicht nötig.

Für Genauigkeit, Streit und Differenz.

Huckelberry & Finn

PS: Was in aller Welt haben angeblich »inhaltslose und abwertende Kommentare« der Zeck-Redaktion damit zu tun, dem Schwarzmarkt »Zensur oder Mach« vorzuwerfen? Abgesehen davon, daß die Zeck den Nichtverkauf der Interim als »reflexhaften Versuch der Bevormundung« und als »Beitrag zur Zensurdebatte« nicht jedoch als Zensur bezeichnet, kann damit doch nur gemeint sein »Wenn ihr (die Zeck-Redaktion) nicht immer nur sachlich argumentiert, dürft ihr keine Vorwürfe äußern.« Und wie sollen wir dann euer (der *Unmündigen*) Papier verstehen???

[i] Hier kommt sie endlich, die lang ersehnte Fußnote, ohne die nach Ansicht der Unmündigen ja kein Text mehr ernstgenommen würde: Wie mensch in der letzten Interim (Nr. 442) nachlesen konnte, hatten die Unglücklichen schon lange sechs Wochen vor der Veröffentlichung in der Interim ihren Text an den Schwarzmarkt geschickt. Wenn dann nach so einer langen Zeit die Frauen aus dem Schwarzmarkt immer noch behaupten, »daß wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Möglichkeit hatten, gemeinsam zu klären, ob wir uns dazu verhalten wollen, und wenn ja, wie«, scheinen sie den Text nicht für besonders wichtig zu halten, was dann aber wieder im Widerspruch dazu steht, den Text erst einmal nicht zu verkaufen.



Trainstopping

Eisenbahnschienen spüren keine Schmerzen

Aufruf zum Tag-X⁴ in Ahaus

Nachdem die letzten drei Castortransporte nach Gorleben nur mit einem erheblichen finanziellen und polizeistaatlichen Aufwand gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden konnten, ist die Atomlobby in Bedrängnis geraten. Gorleben wird als End- bzw. Zwischenlagerungsstätte politisch zu teuer. Auf der Suche nach weiteren Standorten für Atommüllklos glauben PolitikerInnen und BetreiberInnen im münsterländischen Ahaus fündig geworden zu sein. Das sogenannte Brennelementezwischenlager soll zu einem »Entsorgungszentrum« ausgebaut werden. Zusammen mit der umfangreichen Ausweitung der Lagerkapazität und einer geplanten »Konditionierungsanlage« zur Atommüllverpackung soll Ahaus eine herausragende Bedeutung bei der Sicherheitsverwahrung des Atommülls einnehmen. Ohne Endlagernachweis und ohne neue Zwischenlagerkapazitäten fehlt der Atomwirtschaft die rechtliche und technische Grundlage zum Weiterbetrieb der AKWs – das Atomprogramm würde kippen. Die jetzt anstehenden Castortransporte bekommen daher für die Atomindustrie, wie für den Widerstand dagegen, eine Schlüsselfunktion.

Die starke Mobilisierungsfähigkeit gegen die Castortransporte, und die Angreifbarkeit der Atomindustrie an diesem Punkt, sollten uns nicht vergessen lassen, daß die Atompolitik letztlich nur **ein** Ausdruck der menschenverachtenden Gesellschaftsverhältnisse von Macht und Ausbeutung ist.

Gorleben ist überall – kein Castor nach Ahaus, kein Castor anderswohin! In Anlehnung an das Widerstandskonzept vom letzten Castortransport nach Gorleben, organisieren gegenwärtig unterschiedliche Gruppen und Organisationen einen Demonstrations- und Aktionsrahmen für den Tag-X⁴ in Ahaus. Am Samstag vor dem Transporttermin findet eine bundesweite Großdemonstration, entweder in Münster oder in Ahaus, statt, in deren Anschluß die Widerstandscamps in der Region um Ahaus bezogen werden. Die Camps sind in der Zeit vor und während des Castortransportes der Ausgangspunkt für Aktionen entlang der Transportstrecke. **Für die letzte Etappe des Transports** (bevor er das Lager erreicht – wenn er es erreicht) **schlagen wir eine große gemeinsame Abschlußaktion in Ahaus vor.** Ihr seid aufgefordert euch an *Auftaktdemonstration*, *Widerstandscamps*, *Schienenaktionen* und *Abschlußaktion* aktiv zu beteiligen.

Um den Castortransport nach Ahaus zu verhindern, rufen wir euch auf, die Gleise auf denen der Castorzug zum Zwischenlager rollt, zu zerstören oder in einen unpassierbaren Zustand zu versetzen. Alle verantwortungsvoll eingesetzten Mittel, Techniken und Taktiken sind uns dabei willkommen. Wie groß der entstehende materielle Schaden auch sein mag – ein jeder und eine jede sollte im Kopf behalten, daß der Transport und letztlich die Atompolitik nur politisch verhindert werden können, daß unsere Aktionen, auch wenn sie auf den direkten »Angriff« der Gleise zielen, in diesem Sinne symbolische Aktionen bleiben – Symbole die unseren Anspruch von Gegenmacht und unsere Skepsis gegenüber reformerischen oder kooperatistischen Politikformen ausdrücken. Wir wollen den politischen Preis der Atommülltransporte in die Höhe treiben.

Der Castortransport kann vom Bahnhof Ahaus aus über ein etwa 4,5 km langen privaten Gleisabzweig direkt ins Lager fahren. Dieser Gleisabschnitt ist sehr überschaubar und leicht zu überwachen, somit für direkte Aktionen ungeeignet. Auf dem Weg nach Ahaus muß der Transport allerdings einige hundert andere Bahnkilometer passieren. Für die letzten Kilometer bis Ahaus gibt es zwei Alternativen. Entweder die Nordstrecke (Münster – Gronau) oder die Südstrecke (Coesfeld – Legden). Wir halten diese Gleisabschnitte weit vor Ahaus für ein geeignetes Aktionsfeld (Ob der Transport die Nord- oder Südstrecke fährt, wird sich erst am Tag-X herausstellen). In Dülmen bzw. Haltern gabelt sich der Weg des Castors in Nord- und Südstrecke auf.

Dezentral...! Wir plädieren für ein dezentrales Widerstandskonzept. Unser Widerstand soll an vielen Stellen entlang der Gleise gleichzeitig oder ungleichzeitig, aber immer unerwartet auftauchen. Wir wollen uns zunächst möglichst nicht in Aktionen, die nur mit einer sehr großen Menschenzahl durchzuführen sind, in der Auseinandersetzung mit der polizeilichen Übermacht aufreiben lassen. Andererseits halten wir auch hochklandestine Kleingruppenaktionen nicht für die einzige Alternative. Konkrete Aktionen müssen von konkreten Gruppen konkret vorbereitet werden. Sie sollten aber so angelegt sein, daß unvorbereitete Einzelpersonen/Gruppen mit einbezogen werden können. In den Camps treffen wir auf befreundete Zusammenhänge oder lernen uns neu kennen. Aktionen können auch aus der Situation an Ort und Stelle entstehen. Im Wendland gab es einige gute Erfahrungen mit dieser Form »klandestiner Offenheit«. Spitzelparanoia oder superkonspiratives Posing sind kontraproduktiv. Diskutiert darüber, wenn ihr Aktionen vorbereitet. Überlegt, wie ihr Aktionen auch als »offenes Angebot« organisieren könnt.

Dezentrales Agieren bedeutet im Münsterland unter Umständen sehr große Entfernungen zurücklegen zu müssen – am besten mit großen Autos. Sollte es an einer Stelle gelingen, sich länger als erwartet »festzusetzen« und den Zug zu stoppen, sind flexibles Reagieren und eine hohe Mobilität hilfreich. Erst in einer solchen zugespitzten Situation halten wir es für sinnvoll, unsere Initiative an einem Ort zu konzentrieren.

...und zentral! In dem Moment, in dem unsere Aktionsmöglichkeiten entlang der Gleise vor Ahaus am Tag-X erschöpft sind (der Castortransport droht uns zu überholen), wollen wir zu einer **zentralen Abschlußaktion in Ahaus** übergehen, um auch auf den letzten Kilometern des Transportes handlungsfähig zu bleiben. Wir möchten noch einmal alle unsere Kräfte zusammenbringen und versuchen, mit einer Masse von Menschen z.B. die Gleise zu besetzen. Wir wünschen uns eine Beteiligung aller Teile des Widerstands an dieser Abschlußaktion.

Wann der Zeitpunkt gekommen ist, alle einzelnen Gleisaktionen abzubrechen und unsere Kräfte auf einen Punkt zu richten, das dezentrale Agieren in eine zentrale Aktion umzuwandeln, wird sich, ebenso wie der genaue Ort dieser Aktion in Ahaus, erst aus der Gesamtsituation am Tag-X bestimmen lassen. Wir gehen davon aus, daß unsere dezentralen Möglichkeiten für Gleisaktionen, spätestens wenn der Zug das nördliche Ruhrgebiet erreicht hat, zeitlich und auf der Ebene der Konfrontation mit der Polizei, eng werden. Da der Transport in Ahaus über den Bahnanschluß direkt ins Lager fahren kann, entfällt die in Gorleben notwendige »Verladepause«. Die einzelnen Transportschritte auf dem Weg nach Ahaus (z.B. Gleiswechsel) bereiten den BetreiberInnen aus sich heraus keine Probleme, so daß der Transport – solange er in Bewegung bleibt – hochbeschleunigt verlaufen kann. Haben wir uns zu einem bestimmten Zeitpunkt für die Mobilisierung zur Abschlußaktion entschieden, können uns Kontrollstellen und Polizeisperren den Weg nach Ahaus erschweren. Diese Umstände müssen wir in die Zeitplanung miteinbeziehen. Wir dürfen uns nicht in den Camps einsperren oder in den nicht vorhandenen Wald schicken lassen. Wir sollten versuchen, mit Hilfe der campinternen und campübergreifenden Kommunikations- und Entscheidunsstrukturen, den Zeitrahmen für die Abschlußaktion so genau wie möglich zu bestimmen. Eine genaue Diskussion der Anschlußaktion im Vorfeld wird den Entscheidungsprozeß am Tag-X hoffentlich beschleunigen.

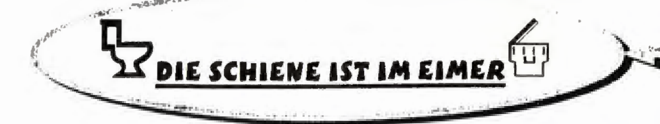
Wir verstehen unsere Vorschläge und Anregungen als Teil des geplanten Streckenkonzeptes, innerhalb dessen sich jede und jeder an Aktionen beteiligen soll, die er oder sie verantworten kann. Unterschiedliche Aktionsformen – gewaltfrei oder militant – können sich sinnvoll ergänzen. Es sollte für alle selbstverständlich sein, daß Aktionen an Gleisen verantwortlich durchgeführt werden.

Organisatorisches! Bisher sind während der Tage X⁴ mehrere Camps geplant. Keines der einzelnen Camps soll den AktivistInnen einer bestimmten Aktionsform vorbehalten sein. Infozelt, EA, Volxsküche, Frauenbereiche, Telefone usw. sowie ein Kindercamp sind in Vorbereitung. Trotzdem ist es notwendig, daß ihr selbst soviel Infrastruktur mitbringt wie euch möglich ist. Bedenkt, daß Ahaus eine andere Widerstandsgeschichte hat. Ihr könnt dort nicht dieselbe hervorragende Betreuung und Infrastruktur wie in Gorleben erwarten. Detailliertere Informationen zu Auftaktdemo, Aktionsrahmen, Camps und dem Transporttermin entnehmt bitte weiteren Veröffentlichungen.

Sie werden nicht durchkommen! Nicht nach Gorleben, nicht nach Ahaus! Stillegung aller Atomanlagen!

Die Eisenbahnfreundinnen und Freunde in NRW

DIESEN AUFRUF KOPIEREN, WEITERGEBEN, VERÖFFENTLICHEN!



DIE SCHIENE IST IM EIMER

Wir verkrüm(m)eln uns nicht, sondern haben die Schienen vom KKW Krümmel in einer Vollmondnacht am 13.10.97 so ergänzt, daß die zuständigen Stellen eine Menge Arbeit hatten. Was war passiert ?
Eine neue Dimension der Schienendemontage ?
Das vielleicht nicht, aber wir haben auf alle Fälle eine relativ sichere und zeitsparende Methode ersonnen, die es ermöglicht, ein Schienenstück für etwaige Castortransporte eine gewisse Zeit unpassierbar zu machen.
Für alles ist diese Technik nicht anwendbar (mehr später) und ihr werdet auch eigentlich nicht drumrumkommen, Eure Werkzeugkiste genauer zu inspizieren, aber wir wollten Euch diesen Fortschritt aus den Versuchslabors der linksradikalen Militanz nicht einfach so vorenthalten.
Andererseits erwarten wir von Euch, daß ihr das folgende genau und verantwortungsvoll lest, damit es nicht zu Mißverständnissen kommt.

VORGESCHICHTE:

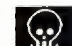
Da sich die Castorkampagne nun zum Glück nicht mehr nur aufs Wendland beschränkt (ein Gruß an die Republik freies Wendland - Keine Angst, wir vergessen Euch nicht !)
haben wir uns in dunklen Nächten und Speiunken überlegt, wie wir uns aktiv an den Schienenaktionstagen in Krümmel beteiligen können.Wir wollten die Schienen relativ dauerhaft unbefahrbar machen und das sollte auch gleichzeitig ohne großen Aufwand und Zeitsparend passieren (Die Umlenkung der Elbe schied also aus)
Also hatten wir folgende Idee:

DIE IDEE

ZUALLERERST DAS WICHTIGSTE AM GANZEN TEXT



Die folgend beschriebende Aktionsform ist nur bei von normalen Güter und Personenverkehr nicht befahrenden Strecken anwendbar !(Oder der Schienenverkehr ist schon von einer Blockade lahmgelegt.)
Auf die Strecke vom KKW Krümmel bis nach HH Bergedorf trifft dies zu, da sie wird nur einmal im Monat von einer Museumsbahn für TouristenInnen befahren wird. Fast jede Atomanlage in der BRD ist von der Infrastruktur der Deutschen Bahn abhängig , und so hat fast jede Anlage auch ihre eigene Anbindung, welche nur für Atomtransporte benutzt wird. Ihr müßt einfach mal an Ort und Stelle einen Spaziergang machen ,Euch die Gegend anschauen und die Gleise suchen. Vom AKW müßte eine Schienenstrecke an das öffentliche Schienennetz angebunden sein.



2. Müßt ihr gewährleisten , wenn es sich um keine Blockadeaktion handelt, daß bestimmte staatliche Stellen ,(da fallen uns die Bullen und die Feuerwehr ein,) von dieser Aktion benachrichtigt werden.bzw. die Aktionsstelle muß so abgesichert sein, daß es keine Möglichkeit gibt, daß ein Zug an oder über diesen Aktionsort fahren.



Hier nun die ausführliche Beschreibung zur Herstellung einer Schienenblockade. Wenn sie fertig ist, sollen zwei aus Stahl gebogene U`s den Schienenstrang umschließen, die durch einen mit Beton gefüllten Eimer noch zusätzlich befestigt werden .Was ihr braucht, sind zwei Winkelstähle mit L- Profil von ca. 60 cm Länge. Die Stärke des Stahls sollte drei oder vier cm betragen. Die Breite bzw. Höhe des Stahls sollte in etwa 4 cm sein.

(Zeichnung 1.)



Zunächst muß nun ein Winkelstahl an zwei Stellen eingesägt werden, oder aber, was nicht ganz so mühsam ist, mit einer Flex zwei Schlitze geflext werden. Und zwar nur an einem der beiden Schenkel. Relativ wichtig dabei ist die Größe des mittleren Stückes. Dies sollte 20 cm lang sein (etwas mehr oder weniger ist aber egal). Der zweite Stahl muß ebenfalls eingeschnitten werden, jedoch sollte das mittlere Stück hier nur 19 cm lang sein. Nun müssen die beiden Stähle gebogen werden. Das geht am besten mit einem Schraubstock oder mit Hilfe einer Zwinge und einer stabilen Tischkante o.ä. Falls der Stahl sich nicht so einfach biegen läßt, kann ein Hammer zur Hilfe genommen werden.Das Ergebnis sollte so aussehen wie in der **Zeichnung.2** : Zwei U- förmige Teile.



Die beiden Teile können nun ineinander geschoben werden. Die 19 cm , die ihr nun als innere Höhe habt, entsprechen der Höhe eines Schienenstranges.(Zeichnung3)Die Breite einer Schiene beträgt ca. 17 cm, das heißt, die beiden Teilstücke des inneren U`s (das mit 19 cm), die in der Zeichnung mit a benannt sind, müssen auf etwa 17 cm. abgesägt werden. Dies geschieht wieder mit der Säge oder Flex. Wer das ganze stabiler machen möchte, was wahrscheinlich ratsam ist, und schweißen kann, sollte an den mit den Pfeilen gekennzeichneten Stellen ein Stück Metall drüberschweißen, damit die beiden U`s nicht so leicht wieder auseinandergebogen werden können. Die beiden U`s haben nun die Form, um über einen Schienenstrang geschoben zu werden. Desweiteren wird noch eine Befestigung benötigt, die nicht wieder lösbar ist. Wir hatten uns dafür entschieden zwei dicke Schrauben und Muttern zu benutzen, die so bearbeitet werden, daß sie nicht wieder loszudrehen sind.



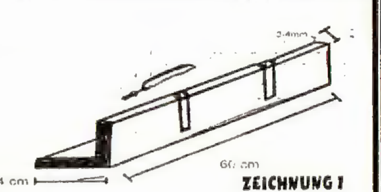
Dafür müssen die beiden U`s ineinandergeschoben und am besten irgendwie festgespannt werden (gut geht das mit einer Zwinge auf einem Tisch oder einer Werkbank). In der Zeichnung ist zu sehen, an welcher stelle dann zwei Löcher mit einem 10er Metallbohrer gebohrt werden müssen (möglichst mittig). Sinnvoll ist es, sich langsam an die endgültige Bohrlochgröße heranzutasten. Also zuerst ein Loch mit einem 4mm, dann 6mm, dann 8mm und anschließend erst mit einem 10mm Bohrer zu bohren. Desweiteren braucht ihr dann zwei Maschinenschrauben M 10 und zwei M 10er Muttern.



Die Schrauben müssen auch noch etwas präpariert werden (okay, ist jetzt auch das letzte).Dazu muß an dem Ende der Schraube an dem nicht der Schlüssel angesetzt wird, ein Schlitz reingesägt oder geflext werden. (Zeichnung4)Die Tiefe des Schlitzes hängt davon ab, welche Schraubenlänge ihr bekommen habt und wie stark der Stahl nun ist. Der Schlitz sollte etwa bis zur Mutter gehen, wenn die beiden U`s miteinander verschraubt werden

4 cm
60 cm

ZEICHNUNG 1



ZEICHNUNG 2

Der Sinn des Schlitzes liegt darin, daß das Gewinde mit Hilfe eines Schraubenziehers oder dünnen Meißels und evtl. einem Hammer umgebogen werden kann und so mit `nem Schraubenschlüssel nicht mehr zu lösen ist. Nun ist der erste Teil erstmal fertig. Bei allem was ihr macht, achtet u.a. darauf, Handschuhe zu tragen, nichts im eigenen Haus oder Keller zu sägen oder flexen und Sägeblatt, Schweißstäbe, Flexscheibe o.ä. nacher zu entsorgen.

Für die, denen das Ganze zu zeitaufwendig oder kompliziert erscheint, gibt es auch noch die Variante die U`s durch ein gutes, stabiles Fahrradschloß zu ersetzten.

An sich könnt ihr mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen jetzt losziehen und die Gunst der Nacht nutzen. Um es den Menschen, die dieses mit Liebe und Anstrengung gefertigte Metallstück eventuell wieder von den Schienen entfernen wollen, möglichst schwer zu machen, kann das ganze mitsamt Schiene in Beton gegossen werden. Dazu mußt ihr allerdings doch noch mal etwas vorbereiten. Und zwar einen Eimer. Am besten einen ;Maurereimer mit 18 l Volumen. Weiterhin müssen zwei sich gegenüberliegende Ausschnitte mit den Maßen 7 x 14 cm gemacht werden. **ZEICHNUNG 5**

Der Eimer wird verkehrt herum über das Metallstück und die Schiene gestülpt. Die Ausschnitte sind für die Schienen gedacht. Über den aufklappbaren Deckel kann Blitzzement in den Eimer gegossen werden. Blitzzement gibt's in Baumärkten und sollte hierfür im Mischungsverhältnis 6:1 (Zement:Wasser)gemischt werden, damit er schnell abbindet und möglichst dickflüssig ist (bindet auch bei Regen ab, allerdings nicht ganz so gut, aber dafür ist ja der „Konservendosen-deckel" noch am Eimer) Den Zement direkt vorher anrühren, da er bei diesem Mischungsverhältnis relativ schnell abbindet. Falls doch etwas unten rausgeflossen kommen sollte, liegen an so Gleisen ja üblicherweise genug Steine rum, um den Zement etwas aufzufangen **(ZEICHNUNG 6)**

Also dann mal drauflos und keine Angst, ganz so kompliziert,wie es sich anhört ist es nicht.

DIE KRÜ(M)MELMONSTER

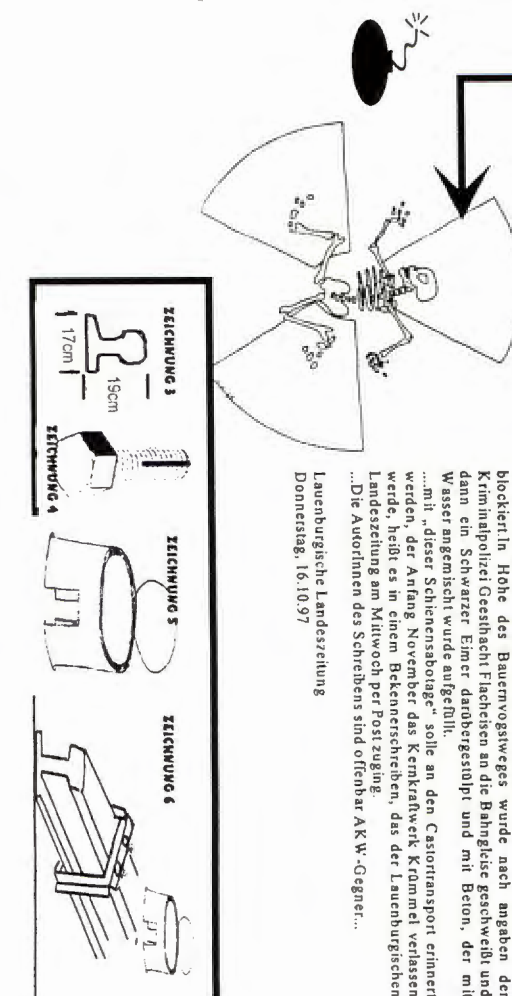
Wieder Anschlag auf Bahnstrecke

Geesthacht (mem) Unbekannte haben in der Nacht von Dienstag die Bahnstrecke von Geesthacht nach Bergedorf blockiert.In Höhe des Bauernvogstweges wurde nach angaben der Kriminalpolizei Geesthacht Flacheisen an die Bahngleise geschweißt und dann ein Schwarzer Eimer darübergestülpt und mit Beton, der mit Wasser angemischt wurde aufgefüllt.

....mit „dieser Schienensabotage" solle an den Castortransport erinnert werden, der Anfang November das Kernkraftwerk Krümmel verlassen werde, heißt es in einem Bekennerschreiben, das der Lauenburgischen Landeszeitung am Mittwoch per Post zuging.

...Die AutorInnen des Schreibens sind offenbar AKW-Gegner...

Lauenburgische Landeszeitung
Donnerstag, 16.10.97



Karawane gegen Abschiebungen und Rassismus

Ein Vorschlag des Internationalen Menschenrechtsvereins Bremen

Schon Ende letzten Jahres verschickte der Internationale Menschenrechtsverein Bremen einen Vorschlag für eine überregionale Demonstration gegen Abschiebungen und Rassismus, die im Sommer diesen Jahres stattfinden könnte, wir hoffen, im nächsten Heft über den Stand der Vorbereitung einen aktuelleren Text veröffentlichen zu können (die Red.).

Der Vorschlag ist, eine Demonstration in Form einer Karawane zu organisieren und kreisförmig durch zahlreiche größere Städte zu ziehen. Statt zu marschieren, wäre es allerdings besser, Fahrräder zu benutzen, gefolgt von einem Transporter. Die Absicht sollte sein, in jeder Stadt eine Veranstaltung abzuhalten, sowie eine Art von Begrüßung zu organisieren, um die DemonstrantInnen zu empfangen. Die Karawane würde vermutlich länger als einen Monat andauern, bevor sie zu einem Ende käme.

Wir wollen im Folgenden auflisten, warum wir diesen Vorschlag machen, warum wir ihn jetzt machen und auch, wer wir sind.

1.) Die Angriffe des Deutschen Staates auf Flüchtlinge, die Anfang dieses Jahrzehnts begonnen haben, nehmen beständig zu, während es keine effektive Gegenmobilisierung mehr zu geben scheint.

2.) Im Zuge der Vorbereitungen zum Wahljahr '98 wird sich der Druck auf die Fluchtlinge noch verstärken, insbesondere weil absehbar ist, daß sich die SPD beständig weiter nach rechts entwickelt.

3.) Für Flüchtlinge selbst und für alle Organisationen, die Flüchtlinge unterstützen, ist es notwendig, diese Angelegenheit aufzugreifen. Die beste Zeit wäre sicherlich jene unmittelbar vor den Wahlen.

4.) Die Aktion, die wir vorschlagen, verbindet die regionalen mit den überregionalen Elementen und wird, sofern sie erfolgreich ist, eine gute Basis für ein Netz von AktivistInnen liefern. Es würde auch eine neue Dynamik in die antirassistische Bewegung bringen.

5.) Aufbauend auf dem Slogan "Kein Mensch ist illegal" und kombiniert mit Parolen wie "Wir haben kein Wahlrecht, aber wir haben eine Stimme" (We have no vote but we have a voice) machen Flüchtlinge selbst ihre Besorgnis sichtbar. Insbesondere "Kein Mensch ist illegal" ist ein Slogan, weil gerade Flüchtlinge noch nicht einmal die Ländergrenzen überschreiten dürfen, ohne gegen geltende Gesetze zu verstoßen. Weil dies eine deutsche Spezialität ist, könnten wir durch die politisch wohl gerechtfertigte öffentliche Gesetzesübertretung internationale Aufmerksamkeit auf Deutschland richten.

6.) Wir, der Internationale Menschenrechtsverein sind eine Bremer Organisation von Fluchtlingen für Flüchtlinge. Unsere politischen Aktionen basieren auf den zwei wesentlichen Aspekten unseres Flüchtlingsdaseins. Auf der einen Seite erfahren Flüchtlinge Schwierigkeiten seitens des Deutschen Staates, - Abschiebungen, Rassismus auf allen Ebenen - und auf der anderen Seite sind wir betroffen von den Problemen in unseren Herkunfsländern, die wir verlassen mußten und in denen wir unsere Leute zurücklassen mußten - diese Länder werden von Diktatoren oder Militärs beherrscht und sie werden unterschiedslos von Deutschland unterstützt. Weil das erstgenannte Problem alle Flüchtlinge unmittelbar und offensichtlich betrifft, bauen wir darauf unsere Einheit unter den Flüchtlingen. Natürlich sind wir offen für alle "Nicht-Flüchtlinge" und heißen sie in unserem Verein willkommen. Obwohl wir kaum politische Macht haben, verfügen wir über einige Erfahrung aus den Flüchtlingskämpfen der vergangenen Jahre. Es sind diese Erfahrungen, die uns davon überzeugen, daß ein solcher Vorschlag nicht nur notwendig ist, sondem auch noch erfolgreich sein kann.

(...)

Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstr. 51, 28201 Bremen, Telefon: 0421 5577 093 Fax: 0421 4987276

Saalfeld: Ein Stück deutscher Normalität

(Im folgenden dokumentieren wir einen leicht gekürzten Beitrag aus der Zeitschfrift „ Conne Island" der sich mit dem Verbot der Antifa-Demonstration in Saalfeld am 11. Oktober letzten Jahres auseinandersetzt. Das Saalfelder Verbot hat in München (8.11), Freiberg (1.11) und Dresden (24.1) bereits seine Nachahmer gefunden und droht zum Modell zu werden! Red.)

Die für den 11. Oktober in Saalfeld/Thüringen geplante antifaschistische Bündnisdemonstration unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen!" fand nicht statt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine maßgeblich von Gewerkschaftskreisen, Parteien und unabhängigen Gruppen organisierte antifaschistische Demonstration verboten. Die nach den Heß-Aktionstagen der Nazis aufgrund der auf den ersten Blick erstaunlichen repressiven Vorgehensweise des Staates geäußerte Vermutung, dies könne sich bald auch gegen die antifaschistische Bewegung richten, hat sich somit schneller, als dies überhaupt von vielen zur Kenntnis genommen wurde, bewahrheitet.

Trotz des Verbots kam es am Sonnabend zu zahlreichen Demonstrationen. Ein Großteil der ca. 3500 ursprünglich erwarteten TeilnehmerInnen beteiligte sich bundesweit an Protestveranstaltungen gegen das Verbot. So demonstrierten in Erfurt 300, in Jena 100 und in Leipzig 500 Personen gegen die kriminalisierende Verfügung. Zur wohl aufseheneregendsten Aktion des Tages kam es am Nachmittag des 11. 10 auf der Autobahn München-Berlin, Höhe Eisenberg. Ca. 600 Antifas aus Berlin, Nürnberg und anderen Städten blockierten angesichts eines weiteren Demonstrationsverbotes für den Ausweichort in Erfurt vier Stunden die Fahrbahnen.(...)

Die Verbotsverfügung stützte sich im wesentlichen auf die angeblich fehlende Kompetenz der AnmelderInnen und auf den Entwurf „linksextremistischer" Horrorszenarien.Dazu musste u. a. ein Diskussionspapier des autonomen Rhein-Main Infos „Swing" aus dem Jahre 1993 herhalten. Aus der dort geäußerten Einschätzung, „... der Tod eines Faschisten muß nicht gezieltes Kalkül sein, dies widerspricht unserer politischen Moral." wurde gar eine Tötungsabsicht konstruiert. Neben weiteren z.T. nicht zulässigen, das Verbot angeblich rechtfertigenden Kriterien, wurden auch einige haarsträubende und – sähen wir uns nicht mit so einer ernsten Situation konfrontiert – erheiternde Punkte angeführt. Das bekanntermaßen weltweit zugängliche Internet beispielsweise wurde als unpassendes Medium zur Mobilisierung beanstandet, da die AnmelderInnen somit nicht mehr die Kontrolle über die ursprünglich Thüringenweit und mit 300 Personen angemeldete Demonstration gehabt hätten. Daß die vor einem Jahr in Wurzen durchgeführte, noch bei weitem größere friedliche Demonstration, sämtliche in Saalfeld konstruierte Sicherheitsrisiken á la „Thüringen als Aufmarschgebiet linker und rechter Chaoten" (thür. Innenminister Dewes, SPD) ad absurdum geführt hat, wurde hier konsequent übergangen.

Daß diese, in ihrer Gesamtheit bis zum heutigen Zeitpunkt einmaligen Kriterien zum Verbot einer antifaschistischen Demonstration, im Gegenzug von den AnmelderInnen nicht angefochten wurden, darin liegt wohl der einzige Fehler der ansonsten guten Vorbereitung. Gleichzeitig bedeutet dies eine große Gefahr für die Zukunft. Sollte das Verbot nicht im Nachhinein revidiert werden, könnte es als Präzedenzfall für sämtliche vergleichbare Vorhaben herangezogen werden. Faktisch ist so jede Demonstration - würde sie z. B. von einer Gegenanmeldung der Nazis begleitet - zu verbieten. Wie bekannt ist, wurde die Demonstration maßgeblich von Gewerkschaftskreisen organisiert. Neben der Tatsache, daß das Verbot somit ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte darstellt, ist der Bestand dieser, für die derzeitige antifaschistische Arbeit immens wichtigen Konstellation, umso bedeutender. Es ist demzufolge notwendig, der durch die staatlichen Institutionen beabsichtigten Spaltung wirksam entgegenzutreten. Unter anderem wird an einer Demonstration festgehalten. Der erneute Versuch beabsichtigt, mit noch größerer TeilnehmerInnenzahl, unter Einbeziehung aller antifaschistisch und demokratisch gesinnten Kräfte die ursprünglichen Inhalte zu thematisieren und machtvoll unseren Protest gegen das Verbot und die allgemeine gesellschaftliche Diskreditierung von Antifaschismus zum Ausdruck zu bringen.

Über das Verbot hinaus hatte es schon im Vorfeld zahlreiche Versuche der Kriminalisierung gegeben. Das eigentliche Ziel der mit großem Aufwand über Monate vorbereiteten Demonstration - die Thematisierung der lokalen Neonaziumtriebe, insbesondere der Versuch, ein „nationales" Jugendzentrum zu etablieren und das billigende Verhalten von örtlichen Behörden und Bevölkerung - wurde als unerwünscht abgetan und massiv angegriffen. Während sich die Naziszene in Saalfeld und Umgebung immer fester organisieren kann, - die Gründung eines NPD-Verbandes für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Juli ist ein beredtes Beispiel - verfällt auch der Bürgermeister Richard Beetz (CDU) in bekannte Erklärungsmuster: Er kann keine Rechtsextremisten in seinem Zuständigkeitsbereich erkennen. Dabei errinnern die Stellungnahmen der Saalfelder Öffentlichkeit stark an das provinzielle Klima im Muldentalkreis. Unter Leugnung der Naziaktivitäten sorgt sich die Stadt dann auch eher um ihr Ansehen und arbeitet den Neonazis damit in die Hände, als eine konsequente Verfolgung der neofaschistischen und rassistischen Auswüchse zu betreiben. In einem offenem Brief an die AnmelderInnen forderte das Stadtparlament, die Demonstration abzusagen: Der Stadt Saalfeld sei bereits im Vorfeld der Demonstration „ein

Auf nach Saalfeld - antifa heißt Ausflug

Antifaschistische Demonstration am 14. März 1998 um 15 Uhr

Zur Beteiligung an der Demostration ruft ein breites Bündnis von Antifa-Gruppen, GewerkschafterInnen und PDS und Bündnis 90/Die Grünen- Mitglieder auf.

„Wir werden am 14. 3. In Saalfeld für antifaschistisches Denken und Handeln demonstrieren. Nicht nur, weil am 11. Oktober 1997 mit dem martialisch durchgesetzten Demonstrationsverbot in neuer Qualität deutlich geworden ist, wie sehr die staatliche Politik ungebetene Meinungen in der Öffentlichkeit repressiv vehindern will, ist es für uns als AntifaschistInnen eine Pflicht, gegen jeden rechten Konsens unsere Stimme zu erheben. Dies erst recht, wenn die staatliche Politik Naziaktivitäten deckelt, die Opfer der Nazi-Attacken und -angriffe in der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen gemacht werden und gleichzeitig antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.

Ein zur Staatsdoktrin erhobener Extremismus-Begriff zur Gleichsetzung von Nazis und AntifaschistInnen, eine rassistische Poltik gegen MigrantInnen, ein Lokalpatriotismus seitens der örtlichen PolitikerInnen, eine besonders unter Jugendlichen starke, offen faschistische Szene, die gegen alles zu Felde zieht, was nicht in ihr treudeutsches Weltbild paßt und die für die Öffentlichkeit nicht existent zu sein scheint und die öffentliche Umdeutung von faschistischen Übergriffen in unpolitische Gewalt:

Aus diesem Geflecht erwächst der rechte Konsens von dem hier die Rede ist und auf den sich antifaschistische Politik allerorten gefaßt machen muß, wenn Widerstand gegen Nazis geleistet werden soll.

(aus dem Aufruf)

beträchtlicher, nicht wiedergutzumachender, öffentlicher, politischer, sozialer und damit letztlich wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden."[1] Aus der allgemeinen Stimmung resultierte schließlich auch die indirekte Ermunterung der Ostthüringischen Zeitung an die Rechten, doch auch eine Demonstration anzumelden: „ Noch ist zum Glück genug Zeit. Übrigens auch für die Gegenseite, die dem geplanten Aufmarsch erfahrungsgemäß nicht tatenlos zusehen wird..." (OTZ, 7.8.97). Die daraufhin durch die Anmeldung einer NPD-Gegendemonstration befürchteten Auseinandersetzungen lieferten einerseits einen Hauptgrund für das Verbot, andererseits war ab jetzt nur noch die Rede von den, „durch die Linken beabsichtigten Chaos-Tage."

Von wem hier welche Gefahr ausgeht, zeigt sich in der abschließenden Betrachtung der Nazis. In den frühen Morgenstunden des 11. Oktober stürmte die Polizei eine Gaststätte in Heilsberg bei Rudolstadt, die schon länger als bedeutender überregionaler Treffpunkt der Nazis dient. 56 Faschos wurden festgenommen. Beschlagnahmt wurden dort eine komplette angriffsfähige Ausstattung; darunter 60 Schlagstöcke, 300 Feuerwerkskörper, 60 Hieb- und Stichwaffen, sechs Äxte, Stacheldraht, mehrere Schreckschußpistolen und Helme, desweiteren eine Funkausrüstung. Außerdem ist bekannt geworden, daß sich Nazis in einem Saalfelder US-Army Shop nach Kaufmöglichkeiten für Helme und Trikots mit dem Aufdruck „Polizei" erkundigt sowie mehrfach Waffen mit dem Hinweis auf den 11. Oktober gekauft hatten.

[1] Ein weiteres Beispiel für die Einstellung der Abgeordneten liefert folgende Passage aus dem genannten Schreiben: Die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die unsägliches Leid nicht nur über das deutsche Volk (sic!), sondern über die gesamte Menschheit gebracht haben, implizieren und erfordern geradezu diese konsquente Haltung gegen Gewalt, Rechtsmißbrauch und politische Ignoranz."

Das Rudolf-Heß-Debakel: Ein Sieg der »Inneren Sicherheit«

Wer nach dem verhinderten Rudolf-Hess-Marsch am 16. August den antifaschistischen Blätterwald durchforstet, der mag den Eindruck bekommen, dies sei ein erfolgreiches Wochenende für die antifaschistische Bewegung gewesen. Die Berichte sind bestimmt von der genüßlichen Aufarbeitung des neonazistischen Debakels, von Häme und von der Genugtuung, daß die Kameraden nach dem Reinfall am 1. Mai binnen kurzer Zeit schon zum zweiten Mal mit dieser Form von Repression konfrontiert waren, die z.B. für Linke und KurdInnen wahrlich keine neue Erfahrung ist. Eine Auseinandersetzung über die Fragwürdigkeit der Mittel findet nur andeutungsweise in den Nebensätzen statt. Das stimmt bedenklich – denn die einzigen Sieger dieses Wochenendes waren die Hardliner der Inneren Sicherheit.

Schon das in verschiedenen Artikeln gezeichnete Bild einer konsequent gegen Neonazis einschreitenden Polizei bedarf der Vervollständigung und Relativierung. Als Beispiel sei Hessen erwähnt, das im Zuge eines der größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte praktisch dichtgemacht wurde – Kontrollpunkte an den Autobahnabfahrten und Bundesstraßen, eine Rundumüberwachung der Autobahnen mittels Hubschraubern, Zivilfahrzeugen und auf Anhöhen und Brücken positionierten Beamten. Was bisher, z.B. bei Einsätzen gegen die Anti-AKW-Bewegung, eher noch Ausnahmesituation war und was 1977 im Deutschen Herbst einen Höhepunkt erreichte, ist mittlerweile mehr oder weniger polizeiliches Standardmittel geworden. Ob jetzt bei der Hatz auf KurdInnen oder bei der Suche nach »rumänischen Tresorknackerbanden«, stets knobelten die Polizeistrategen daran, wie eine bestimmte Region möglichst umfassend zu überwachen und abzuriegeln ist. Lohnen tut sich das eigentlich immer. Zwar hat die Polizei noch nie eine »rumänische Tresorknackerbande« erwischt, aber dafür jede Menge »Illegale« und hier und da mal einen Autodieb. So wird die jeweilige »Zielgruppe« momentan eher nach tagespolitischer Notwendigkeit ausgewählt. Zu bestimmten Daten sind es eben aufgrund von öffentlichem Druck Neonazis. Aber auch dieser Einsatz war vielmehr ein Rundumschlag und eine überaus praktische Notstandsübung.



Kontrolliert wurde praktisch alles, was zeitlich und personell machbar war, so z. B. auch PKWs mit (erkennbar) ausländischen Menschen und Lastwägen. AntifaschistInnen fanden sich im selben Fahndungsraster (»Extremismus«) wieder wie die Neonazis, eine weitere Differenzierung fand kaum statt. Pech dem, der in irgendeiner Weise als »Extremist« geführt wird, für den war die Reise vorbei und er konnte von Glück sagen, wenn er nach stundenlanger Kontrolle nur mit »Nord-Verbot« belegt und von einem zivilen Einsatzfahrzeug in den heimatlichen Süden eskortiert wurde.

Einigen kontrollierten AntifaschistenInnen wurde eröffnet, sie seien »als mutmaßliche Teilnehmer des Rudolf-Hess-Marsches zur Fahndung ausgeschrieben«, für sie endete der Tag im Polizeiknast. Die stolze Bilanz am Abend: »89 festgenommene Rechtsextremisten« (oder genauer gesagt »Extremisten«) und »zahlreiche weitere Festnahmen von Straftätern«, die so »nebenbei« ins Netz gegangen sind.

Das Sicherheitsbedürfnis des Bürgers ist befriedigt, die Medien im In- und Ausland sind voll des Lobes über den wehrhaften Staat und seine konsequente Polizei. Die BGS-Einheiten, die ansonsten an den Ostgrenzen auf Menschenjagd gehen und die Polizeikräfte, die seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Verschärfung des rassistischen Klimas im ganzen Land leisten, werden als Helden der Demokratie gefeiert. Und die Kanthers und Schröders, die gerade mit spitzen Ellenbogen um die Lufthoheit an den Stammtischen rangeln, nehmen die Glückwünsche selbstzufrieden entgegen. Der schwarze Peter geht dieses Jahr nach Dänemark, wo eine archaisch anmutende Gesetzgebung den Neonazis einen polizeilich geschützten Aufmarsch zugestanden hat.

Die antifaschistische Bewegung hat demgegenüber nicht viel zu vermelden. Schließlich wurden in den vergangenen Jahren alle erreichbaren Hebel in Bewegung gesetzt, um die letzten Reste der kritischen Öffentlichkeit gegen die Blindheit der Behörden gegen Rechts, gegen die Paktiererei zwischen Staat und Neonazis, zu mobilisieren. An den Beispielen der staatlich geduldeten Aufmärsche und über die Frage »Wo war die Polizei?« ließen sich die Nachweise hierfür anschaulich erbringen und die verlogenen offiziellen Darstellungen konnten korrigiert werden. Doch diese Frage wurde vielfach zu einem Lamento und zu einem Druckmittel, das Einsätze wie am 16. August direkt oder indirekt gefordert hat. Das Schielen nach der internationalen Presse hat den Neonazismus – teils bewußt, teils unbewußt – zum Imageproblem gemacht. Insofern war das konsequente Einschreiten gegen die Neonazis am 16. August auch eine gelungene Werbeaktion für den Standort Deutschland.

Daß in der antifaschistischen Berichterstattung über dieses Wochenende der Kontext zwischen der Verhinderung des Marsches, staatlicher Imagepflege sowie den aktuellen Strategien der Inneren Sicherheit fast völlig ausgeblendet wurde, zeugt von politischer Unschärfe. Die eigene (Informations-)Politik gerät in eine gefährliche Schieflage, wenn die Fixiertheit auf die Befindlichkeit der Neonaziszene und die Tendenz zur »Skandalberichterstattung« alle anderen Aspekte übertönt und dadurch letztendlich suggeriert: Der Neonazismus ist das Hauptproblem und alles, was den Neonazis schadet, ist schon irgendwie in Ordnung.

Wir bemerken zwar in unserem Artikel im AIB Nr. 40, »*daß das Verlassen auf staatliches Handeln ein Irrweg ist*«, verbinden diese Feststellung aber damit, daß die angeblichen polizeilichen Pannen

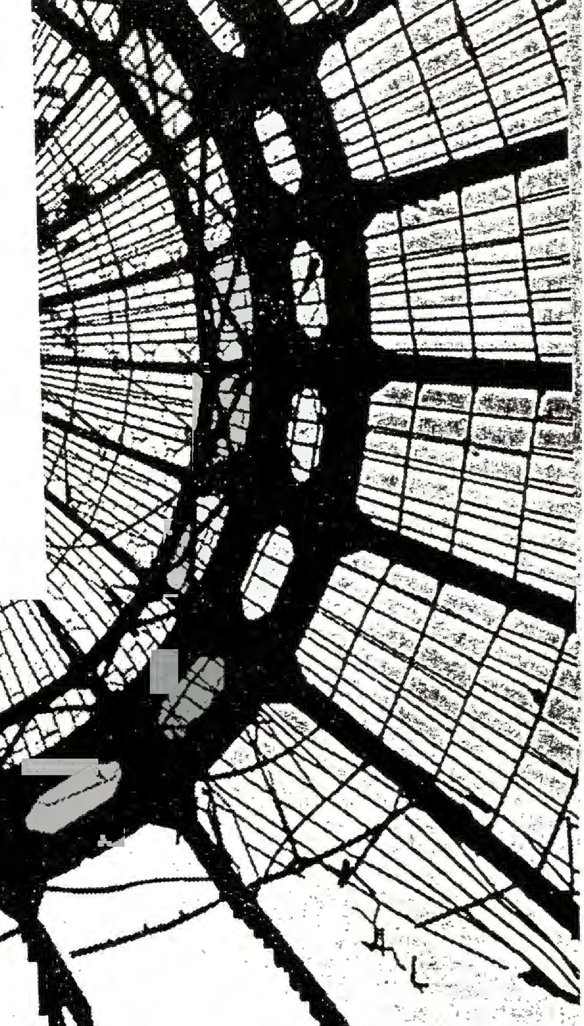
der vergangenen Jahre, die den Neonazis ihre Aufmärsche ermöglichten, *»vor dem Hintergrund der diesjährigen Aktionen noch unglaubwürdiger«* sind und daß im nächsten Jahr *»die Situation jedoch wieder ganz anders aussehen kann«*. Der Rechte Rand empfindet die Tatsache, *»daß dieses Instrumentarium endlich auch gegen Rechts eingesetzt wird«* gar als *»eine schöne Sache«*, wenngleich er davor warnt, daß dies *»nicht den Blick auf den Alltag verwischen«* sollte. Denn schließlich würden *»Verbote nur dann ausgesprochen, wenn die »allgemeine Sicherheit und Ordnung« durch zeitgleiche antifaschistische Aktivitäten »gefährdet« wird«*. Auch die in Baden-Württemberg erlassenen Meldeauflagen gegen 116 Neonazis *»stimmen bedenklich«*, denn dies zeige *»wie weit die Ordnungsbehörden gehen können, um unliebsame Aktivitäten zu unterbinden«*. Zwar scheinen die AutorInnen Bauchschmerzen beim staatlichen Vorgehen zu haben, aber grundsätzliche Kritik und Auseinandersetzung damit fehlt.

Dabei ist es die antifaschistische Bewegung selbst, die immer wieder deutlich gemacht hat, daß die Neonazis von staatlicher Seite eine wesentlich höhere Toleranzschwelle genießen als die radikale Linke. Daran hat sich prinzipiell nichts geändert. Und schließlich hat die Repression gegen die Neonazis den sicher nicht unerwünschten (Neben?)-Aspekt, daß darüber Instrumentarien installiert und Grundlagen geschaffen werden, die jederzeit auf jede beliebige gesellschaftliche Gruppe übertragbar sind und die bei Bedarf auch umgehend übertragen werden. Insofern kann die fortwährende Aushöhlung von Grundrechten, für deren Schaffung die Linke viele Jahre gekämpft hat, nicht unkommentiert und unreflektiert bleiben, selbst wenn sie – z.T. exemplarisch – an den Neonazis vollzogen wird. Sei es das Verbot der FAP von 1995, der mit dem Hauptargument, sie habe *»zu wenige Mitglieder«*, einfach mal der Parteienstatus aberkannt wurde, sei es die polizeilich-militärische Heerschau am 16. August, seien es die mit der Universalbegründung *»zu erwartende Gewalttätigkeiten«* erlassenen und ganze Bundesländer betreffenden Versammlungsverbote oder sei es der kollektive Hausarrest für die Neonazis in Baden-Württemberg.

Die daraus entstehende Kontroverse innerhalb der antifaschistischen Bewegung ist alt. Sie war vor allem in den 80er Jahren, beispielsweise am Thema »Verbotsforderungen«, beständiger Streitpunkt zwischen den Gruppen des »reformistischen« Spektrums und dem »revolutionären Antifaschismus«. Letzterer ging hierbei von der Prämisse aus, Verbote könnten weder der »Zerschlagung« noch der »politischen Bekämpfung« des Neonazismus dienlich sein und deren Forderung würde zudem das staatliche Gewaltmonopol anerkennen. Heute scheint es, als müsse dies unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen neu diskutiert werden. Zum einen verlangt die akute Bedrohung durch den Neonazismus nach Rezepten zur kurz- und mittelfristigen Entschärfung der Situation, und der Ruf nach staatlichem Handeln scheint angesichts eigener Schwäche und eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten teilweise notwendig, teilweise auch taktisch gegeben. Zum anderen birgt eine pauschale Kritik am staatlichen Vorgehen gegen die Neonazis u.U. die Gefahr, sich indirekt für deren Interessen einzusetzen.

Doch selbst wenn die Prioritätensetzung »Bekämpfung des Neonazismus« punktuell durchaus sinnig erscheint, selbst wenn die antifaschistische Bewegung zu mancherlei Zugeständnissen gezwungen ist, darf sie darüber nicht ihre Weitsicht verlieren und elementare Positionen linker Politik aus den Augen verlieren. Ansonsten reduziert sich Antifaschismus immer mehr auf einen reinen antineonazistischen Abwehrkampf ohne weiteren Bezug zur Geschichte und Gegenwart radikaler linker Politik.

Doch gemessen an seiner politischen Dimension bleibt der Kampf gegen den fortschreitenden Wahn der Inneren Sicherheit, mitsamt seinen überwachungs- und obrigkeitsstaatlichen Erscheinungsformen und seinem institutionalisierten Rassismus, für die antifaschistische Bewegung eine weitaus größere Herausforderung als eine Schnitzeljagd mit ein paar hundert, wenn auch gemeingefährlichen, Neonazis. ■



aus: Antifaschistisches Info-Blatt (AIB) Nr.41/1997

Schwarzer Hahn
Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
20357 HAMBURG
TEL 040/4300808
FAX 040/4301637

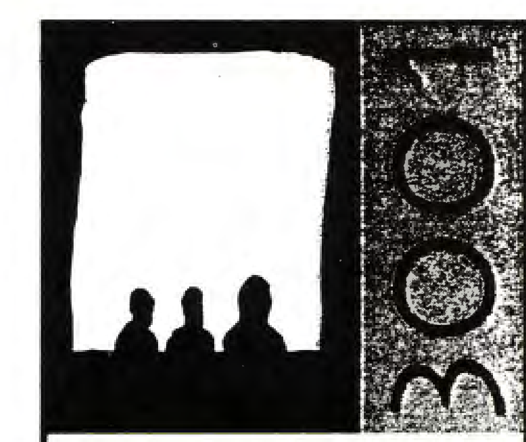
KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG
TEL 040/4300638
SPIELE 040/4396832
FAX 040/4303611

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30 Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
- Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
- Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes..

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

autonomer Infoladen
Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 • 20357 Hamburg • fon: 040/44 60 95 • fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

rote flora
Schulterblatt 71
20357 hamburg

tel. 040/ 4395413

termine im februar[1]

01. februar: flimmern und plauschen in der flora, 16.00 uhr in der vokü[2].
film: die zwei leben der veronica

07. februar: **frau holle macht spaß, techno**

08. februar: **club der kulturell verunsicherten, techno**
ab jetzt wieder jeden 2. sonntag im monat, wie gewohnt.

13. februar: **punk-konzert: boycot + distress**

14. februar: **konzert: concord, steffi hamburg[3]**

15. februar: flimmern und plauschen in der flora, 16.00 uhr, vokü
film: viele k(k)urz(e)filme

20. februar: **high rollers, drum+bass im keller**

21. februar: **king step HIFI**
"praise ye jah"; dancehall-sound aus tübingen mit king david soundsystem und loony-tunes HI-FI plus hammerheart soundsation aus HH

22. februar: flimmern und plauschen in der flora, 16.00 uhr, vokü
film: lichter der großstadt, moderne zeiten

22. februar: **konzert: spalt/ julander/ spea 2.0**

27. februar: **solikonzert + party für antifa**

28. februar: **dub`n leon**
roots + brazzomatical dub style von schlump vibration, E 1010-wize leon-cavallo, 22.00 uhr

---

[1] alle termine, soweit nicht anders angegeben beginnen um 21.00 uhr.
[2] vgl. textbeitrag in der letzten ausgabe. es gibt für flimmern und plauschen auch einen externen flyer, der die filme näher beschreibt.
[3] siehe auch textbeitrag im heftinneren.